



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

48. Sitzung (öffentlich)

12. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Stefan Berger (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Entwurf eines Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008, zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Hochschulzulassungsreformgesetz)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7318

Ausschussprotokoll 14/744

Die Änderungsanträge der Fraktionen sowie die Abstimmungsergebnisse zu den Änderungsanträgen gehen aus Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 14/7845 hervor.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf Drucksache 14/7318 in der entsprechend geänderten Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

* * *

Aus der Diskussion

Entwurf eines Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008, zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Hochschulzulassungsreformgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7318

Ausschussprotokoll 14/744

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Stefan Berger weist auf die beiden Tischvorlagen mit den Änderungsanträgen der Fraktionen hin. Es liege ein Änderungsantrag aller vier Fraktionen vor sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) begrüßt im Namen des Wissenschaftsministeriums sehr den gemeinsamen Änderungsantrag aller vier Fraktionen. Dieser Änderungsantrag enthalte sehr sinnvolle Änderungen.

Die im Änderungsantrag der Grünen zu Art. 2 vorgesehene Änderung halte er dagegen für schlichtweg nicht praktikabel. Diese Änderung würde dazu führen, dass in den Gremien, die von den Ländern mit jeweils einem Vertreter besetzt werden müssten, zwingend acht Männer und acht Frauen vertreten sein müssten. Die Herstellung einer solchen Absprache unter den Ländern, die jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter entsenden könnten, halte er für schlichtweg nicht machbar.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) erläutert, das sei ein Vorschlag der LaKof gewesen, die Gremienbesetzung paritätisch vorzunehmen, auch nach Landesgleichstellungsgesetz. Die Grünen seien diese Praxis seit Jahren für alle Gremien gewohnt. Von daher könne sie sich gut vorstellen, dass das auch die Länder hinkriegen könnten. Ihr sei nicht klar, warum die Länder das nicht schaffen sollten, wenn einzelne Fraktionen das durch alle ihre Gremien hindurch durchdeklinieren könnten. Ihre Fraktion habe den Vorschlag der LaKof aufgegriffen und in ihrem Änderungsantrag 1:1 umgesetzt.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) begrüßt den gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen.

Zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teile er die Auffassung von Herrn Dr. Stückradt. Eine verpflichtend gleiche Anzahl von männlichen und weiblichen Vertretern sei ihm außerdem aus anderen Gremien, die vom Landtag besetzt

würden, auch nicht bewusst. Er halte das in dieser Form auch für nicht durchführbar. Seine Fraktion lehne das ab.

Karl Schultheis (SPD) schließt sich zum Änderungsantrag der Grünen ebenfalls der Argumentation von Herrn Dr. Stückradt an. Seine Fraktion wünsche sich zwar auch eine möglichst paritätische Besetzung, damit Männer und Frauen gleichberechtigt vertreten seien, aber die Herstellbarkeit dieser Vorgabe halte seine Fraktion in diesem Zusammenhang für problematisch.

Die SPD freue sich darüber, dass ein paar wichtige Punkte noch gemeinsam von den Fraktionen hätten geregelt werden können.

Die Änderungsanträge der Fraktionen sowie die Abstimmungsergebnisse zu den Änderungsanträgen gehen aus Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 14/7845 hervor.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf Drucksache 14/7318 in der entsprechend geänderten Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

gez. Dr. Stefan Berger

stellv. Vorsitzender

be/19.11.2008/21.11.2008

148